

Missbrauchsstudie: Systematisches Wegsehen in Kirche und Gesellschaft

Paderborn (epd). Kirche und Gesellschaft im Erzbistum Paderborn haben laut Zwischenergebnissen einer historischen Studie bei Fällen von sexuellem Missbrauch Minderjähriger "systematisch weggesehen und Straftaten gebilligt oder hingegenommen". Für den Zeitraum von 1941 bis 2002 haben Wissenschaftlerinnen der Universität Paderborn 160 beschuldigte Geistliche identifiziert, wie die Hochschule am Montag mitteilte. Die Untersuchung über die Amtszeiten der Erzbischöfe Lorenz Jaeger und Johannes Joachim Degenhardt hatte das Erzbistum in Auftrag gegeben. Das 2020 gestartete Forschungsprojekt "Missbrauch im Erzbistum Paderborn - eine kirchenhistorische Einordnung" ist auf vier Jahre angelegt.

Zur Zahl der Betroffenen des sexuellen Missbrauchs könnten die Forscherinnen keine Zahlen nennen, hieß es. Rund 43 Prozent der Beschuldigten seien in mehreren Fällen der Taten bezichtigt worden, ermittelten die Kirchenhistorikerinnen Nicole Priesching und Christine Hartig. Zudem seien die Opfer in den Personalakten der Kleriker oft nicht kenntlich gemacht worden, sagte Priesching. Die Kirche sei den Fällen auch nicht so nachgegangen, "dass man versucht hätte, alle Opfer zu ermitteln". Es sei daher bei den Betroffenen noch viel stärker als bei den "nicht erfassten Beschuldigten" mit einer Dunkelziffer zu rechnen.

Sowohl in den kirchlichen als auch in den weltlichen Akten fehlten relevante Informationen, hieß es. Dass es nicht zur Strafverfolgung kam, habe nicht nur an einem "untätigen Erzbischof" gelegen. Wenn es zu Strafanzeigen gekommen sei, hätten Ermittlungsbehörden oft den Familien nicht geglaubt und den Kindern gedroht. Weder im Erzbistum noch vor Gericht habe es Sensibilität für den Schaden gegeben, "den die Kinder genommen haben", sagte die Forscherin Hartig. In den Personalakten sei das Thema sexueller Missbrauch manchmal selbst dann nicht aufgetaucht, wenn das Generalvikariat Kenntnis von einem solchen Fall hatte.

Manche Beschuldigte seien aus ihrer Gemeinde genommen und in Einrichtungen eingesetzt worden, von denen man glaubte, sie könnten dort "keinen Schaden anrichten", erläuterte die Historikerin Priesching. Durch die Versetzungspolitik habe man "in Kauf genommen, dass sich Dinge wiederholen" - genau das sei "auch leider immer wieder passiert". Trotz Zusicherungen der Kirche gegenüber den Staatsanwaltschaften seien in manchen Fällen auf Bewährung verurteilte Täter weiter in Gemeinden beschäftigt worden, betonte die Forscherin.

Die Kardinäle Jaeger und Degenhardt hätten den Beschuldigten gegenüber teilweise auch schriftlich ihr Mitgefühl ausgedrückt, nicht jedoch den Opfern, hieß es. Zudem seien Betroffene und ihre Familien durch Angehörige des Erzbistums unter Druck gesetzt worden, keine Anzeige zu erstatten.

epd-West tk pat

Info: Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die für das Projekt von ihren Erfahrungen berichten möchten, können sich per Mail bei christine.hartig@uni-paderborn.de melden.

Internet: Pressemitteilung: <http://u.epd.de/21aq>

AP: Universität Paderborn, stv. Pressesprecherin Nina Reckendorf, 05251/60-3981, reckendorf@zv.upb.de
Kontakt: Marc Patzwald: 0681/53937, saarbruecken@epd.de